

**André Kuper** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was Sie hier im Verfahren um die Inklusion mit Städten und Gemeinden veranstalten, ist des Parlamentarismus aus unserer Sicht nicht würdig und sehr kommunalfeindlich.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Spätestens mit dem heutigen Entschließungsantrag haben wir noch einmal deutlich gemacht: Wir stehen zur Inklusion, aber auch zur Wahlfreiheit, aber auch zum Kindeswohl, aber auch – und das ist ganz wichtig – zur Konnexität.

Meine Damen und Herren, was haben Sie denn in diesem Gesetzesentwurfszeitraum von einem Jahr in Bezug auf die Kommunen wirklich erreicht? – Null!

(Beifall von der CDU)

Frau Ministerin, Sie sprachen eben von einer Berg-wanderung, auf die Sie sich aufgemacht hätten. Das kann man durchaus so sehen. Sie haben sich aber an der Stelle der Einigung mit den Kommunen verlaufen.

Jetzt kommt es zur Abstimmung über den Gesetz-entwurf, obwohl eine Einigung im Ergebnis immer noch nicht vorliegt. Sie wissen genau, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist, verweigern den Kommunen aber ihren verfassungsrechtlichen Konnexitätsanspruch.

(Beifall von der CDU)

Das tun Sie, obwohl Herr Minister Jäger zur Konnexität in der Landtagssitzung am 28. April 2004 gesagt hat – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Wenn das Land die Musik bestellt, wird es sie zukünftig auch bezahlen und dies nicht den Kommunen und Gemeinden aufbürden.“

An diese Ihre Aussage erinnere ich Sie hier und heute. Sie sind Weltmeister im Weglaufen vor der Verantwortung.

(Beifall von der CDU)

Jetzt, beim ersten wirklich konkreten größeren An-wendungsfall kneifen Sie und drücken sich um die Bezahlung. Das geht zulasten der Kommunen, zulasten der Inklusion und damit zulasten der Kinder.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Anstatt eine Einigung über die Kosten vorzulegen, wird nun das Inkrafttreten Ihres Gesetzes einfach mal um fast ein Jahr auf den 1. August nächsten Jahres verschoben. Diese Festlegung erfolgte nach Aussage der kommunalen Spitzenverbände übrigens einseitig. Das hatten die Spitzenverbände in den Gesprächen zur Kenntnis zu nehmen. Und welch Zufall mit dem Termin! Sie wollen sich also über die Kommunalwahl retten. Ich kann es leider nicht anders deuten.

Sie haben die Rechnung aber ohne den Wirt gemacht; denn in der Kommentarwelt geht man davon aus, dass bei verkündeten, aber noch nicht in Kraft getretenen Gesetzen auch ein vorbeugender Rechtsschutz gilt. Und dieses Gesetz braucht eine Vorplanungsphase. Daher ist schon sehr offenkundig, dass hier auch rechtsmissbräuchlich gehandelt wird.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das werden die Gerichte Ihnen demnächst sicherlich bestätigen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Körfges?

**André Kuper (CDU):** Nein.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Nein, keine Zwischenfrage.

**André Kuper (CDU):** Meine Damen und Herren, im Ergebnis bleibt festzustellen: Die Kommunen stehen im Regen. Das ist unverantwortlich gegenüber allen und insbesondere gegenüber den Kindern, die von diesem Gesetzgebungsverfahren betroffen sein werden. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)